

Frankenberger Tageblatt



Das Tagesblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis im Voraus in den Kabinettstellen des Stadt R. 00 RM., in den Kabinettstellen des Stadtrats R. 10 RM., bei Bestellung im Vorverkauf R. 15 RM., bei Bestellung im Nachverkauf R. 20 RM.
 Abbesteller: 25 RM., Einzelnummer 10 RM., Einzelnummer 20 RM.
 Geschäftsstelle: Freitag 12 Uhr, Samstag 12 Uhr, Sonntag 12 Uhr.
 Druckerei: Freitag 12 Uhr, Samstag 12 Uhr, Sonntag 12 Uhr.

Abbesteller: 25 RM., Einzelnummer 10 RM., Einzelnummer 20 RM.
 Geschäftsstelle: Freitag 12 Uhr, Samstag 12 Uhr, Sonntag 12 Uhr.
 Druckerei: Freitag 12 Uhr, Samstag 12 Uhr, Sonntag 12 Uhr.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Jhda, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt
 Abbestellungsdruck und Verlag: G. G. Rothberg (Inh. Ernst Rothberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Carl Hegert in Frankenberg

Nr. 67 Freitag den 20. März 1931 nachmittags 90. Jahrgang

Reichswehrminister Dr. Groener zum Marinehaushalt

Deutschlands Stellung in der Ostsee

Ein vielgelobter Vergleich

Im Verlauf der weiteren Aussprache zur zweiten Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums in der Donnerstags-Sitzung des Reichstags (über deren Beginn wir bereits gestern berichtet haben) nahm Reichswehrminister Dr. Groener noch einmal das Wort. Er erklärte zum Schiffs-Ersatzplan, es sei unverständlich, warum sich der Erfolg unseres überalterten Schiffsmaterials zu einer politischen Streitfrage entwickelt habe.

Ich könnte, so erklärte er, womöglich an einem Platz bleiben, wenn dieser unbedingt notwendige Ersatz abgelehnt würde.

Ich bin kein kritischer Flottenwachter, aber eine aktionsfähige, wenn auch kleine deutsche Flotte ist von ganz entscheidender Bedeutung für unsere Stellung in der Ostsee, wobei ich gar nicht einmal an kriegerische Auseinandersetzungen denken will. Der baltische Seekrieg hat darauf hingewiesen, daß Dänemark durchaus nicht imstande sei, die Ostsee nach Gütindanken zu sperren oder zu öffnen. Es wird nun behauptet, der Panzerbau sei ein Hindernis für die Flottenabrüstung. Eine solche Behauptung ist absurd, besonders wenn man

Vergleiche über die Gesamttonnage der anderen Staaten mit der deutschen Flotte anstellt.

Ende 1926 wird die Gesamttonnage betragen bei England 1.137.200 Tonnen, bei Frankreich 670.723 Tonnen, bei Italien 441.256 Tonnen und bei Deutschland — man wagt es kaum auszusprechen — 164.000 Tonnen. Diese Zahlen beweisen am besten, wie absurd solche Behauptungen sind, die auch nicht dadurch richtig werden, daß hervorragende französische Staatsmänner sie aufstellen. Auf meinen ausdrücklichen Wunsch ist dem Haushalt ein Schiffsbauerschlus beigefügt, weil die Marine nur bei einem planmäßigen Ausbau leistungsfähig erhalten werden kann. Es muß die Möglichkeit vorhanden sein, die Einrichtungen der Werften gleichmäßig auszunutzen. Daß die Schiffsbauwerke auch benannt werden können, kann keinem Zweifel unterliegen. Der Minister spricht zum Schluß die Bitte aus, auch den Marinehaushalt nur nach sachlich vaterländischen Gesichtspunkten zu beurteilen.

Vor der zweiten Rede des Ministers wandte sich Abg. Hinemann (D. Fr.) gegen die Aufhebung des Abg. Leber, daß Deutschland die ihm im Versailles-Vertrag gelassenen Rüstungsmöglichkeiten nicht voll ausschöpfen brauche. Wenn die Staatsmacht nach dem Willen Lebers sich mit dem Staatsvolk eins fühlen solle, dann müsse erst einmal ein Staatsvolk da sein. Das sei bisher leider nicht der Fall. Es sei nicht zu verstehen, warum sich die Sozialdemokratie nicht offen zum Bau des Panzerkreuzers bekenne, sondern ihn zum Objekt eines politischen Handels mache. Der französische Kriegsminister könne selbst unmöglich an die Nichtexistenz seiner Behauptung von Deutschlands heimlicher Aufrüstung glauben.

Die Aussprache wird um 14 Uhr unterbrochen, um erst die Abstimmung über die Entschädigung der gewerbmäßigen Stellenvermittler vorzunehmen.

Ein Antrag der bürgerlichen Parteien auf Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage wird im Sammelspruch mit 156 gegen 144 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird in der Schlussabstimmung der dritten Beratung die von der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit beschlossene Fassung der zweiten Beratung, wonach alle gewerbmäßigen Stellenvermittler spätestens am 30. Juni 1931 gegen Entschädigung ihren Betrieb einzustellen haben.

Die Aussprache über den Wehrhaushalt wird dann fortgesetzt.

Abg. Scharfberg (Wirtschp.) meint, die Rede Roginots werde selbst von den französischen Chauvinisten nicht ernst genommen. Das englisch-französisch-italienische Flottenabkommen bedeute, daß die Seenaüstüftung etwas eingeschränkt betrieben werden könne.

Abg. v. Lindener-Wildau (Volksp.) bezeichnet es als notwendig, alle im Versailles-

Vertrag uns gelassenen Grenzen der Rüstungsmöglichkeit ganz auszunutzen. Die kleine Flotte müsse aufrechterhalten werden zur Verbindung mit unserer isolierten Ostmark. Wenn bei einer Abrüstungskonferenz die Abrüstungsverpflichtung der anderen praktisch hinfällig wird, dann tritt selbstverständlich die deutsche Rüstungsfreiheit wieder in Kraft. Der Lebens- und Wehrwille unseres Volkes hat nichts zu tun mit kriegerischen Neigungen.

Abg. Döbrich (Landw.) wünscht Herausnahme der Fragen der Landesverteidigung aus dem Streit der politischen Parteien. Ueber verschärfende Wirtschaft könne man bei unserem Wehretat nicht sprechen.

Abg. Dr. Rätz (Staatsp.): Die wirksamste Garantie für den Frieden erkennen wir in der Beschränkung der Rüstungen auch der anderen Staaten und in dem Ausbau des internationalen Schiedsgerichtswesens. Deutschland hat einen Rechtsanspruch auf die ihm zugesagte allgemeine Abrüstung. Nichts gefährde die Festigkeit des Friedens mehr als das unwürdige Geschwätz von geheimen und übermäßigen Rüstungen Deutschlands. Die Reichswehr muß ein Instrument zum Schutze des deutschen Volkes und der Unverletzlichkeit des Staates sein. Das Reichswehrgeld muß ein Volksheer sein, der Dienst als Mann oder Offizier ist nicht das Vorrecht einer bestimmten Schicht. Eine Politisierung der Wehrmacht ist abzulehnen. Wenn wir eine feste, auf dem Boden des Staates ruhende Wehrmacht als eine Staatsnotwendigkeit betrachten, so werden wir ihren Ausbau auf der gesetzlichen Grundlage nachdrücklich fördern. Unkontrollierbare Fonds sind abzulehnen. Die Wehrmacht muß wissen, daß ihre die Rüstung der Staatsbehörden Parteien zuteil werde. Strenge Disziplin bleibt der Grundpfeiler jedes Heeresdienstes. Diejenige Disziplin ist die gefestigte, die auf Achtung vor der dienstlichen und menschlichen Würde des Vorgesetzten beruht. Wir haben zum Reichswehrminister und dem Chef der Obersten Heeresleitung und der Marineleitung das Vertrauen, daß ihre Weltanschauung und ihre Dienstauffassung im Dienste der von uns für richtig gehaltenen Grundzüge stehen und werden deshalb die Mittel für die Wehrmacht bewilligen.

Abg. Schmidt-Westfalen (Christl.) meint, wer den Wehretat ablehne, helfe damit, Deutschland zu einem Kriegschaoslande vorzubereiten. Wenn man aus dem Prozeß gegen die Umer Reichswehroffiziere dem Minister Vorwürfe gemacht habe, so fehle jetzt nach der Erklärung Scheringers der Reichswehrminister vollkommen gerechtfertigt da, und man müsse zugeben, daß er einen guten Willen für die geistige Struktur dieser jungen Offiziere hatte.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister eingegangen.

Amerika und Japan machen Schwierigkeiten

London, 20. 3. (Funknach.) Zu den in London stattfindenden Flottenverhandlungen meldet die „Times“, daß der amerikanische Senator Dwight Morrow eine lange Unterredung mit den juristischen Sachverständigen der britischen, französischen und italienischen Abordnung hatte, in der er die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zum neuen europäischen Flottenabkommen darlegte. Er begründete hier, daß das neue Abkommen zwischen der französischen und italienischen Regierung, dem sich die englische angeschlossen habe. Technische Gründe ließen es jedoch nicht praktisch erscheinen, einen Teil des Washingtoner Flottenabkommens irgendwie neu abzuschließen. Außerdem sei die amerikanische Regierung der Ansicht, daß die Grundlage des neuen Abkommens unmöglich in allen Einzelheiten mit den Bestimmungen des Teiles III des Londoner Flottenvertrages in Übereinstimmung gebracht werden könne. Im Hinblick auf die Haltung der Vereinigten Staaten und Japans verließen die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens nunmehr eine Formel zu finden, die die Auffassung eines neuen Vertrages nicht notwendig mache. Es sei daher der Vorschlag erörtert worden, daß ein einfacher Austausch zwischen Frankreich und Japan genügen solle.

Oberschlesisches Schicksal

Zum zehnjährigen Gedenktage der Abstimmung.

So manchen zehnjährigen Gedenktage hat das deutsche Volk in den letzten Jahren begangen. Die Geschichte der unmittelbaren Nachkriegszeit zieht in ihrer ganzen Tragik durch diese Erinnerungstage noch einmal an unseren Augen vorüber. Mit unverminderter Bitterkeit empfinden wir die Willkür ungerichteter Entscheidungen und wir werden nichts unversucht lassen, um die Zeit zum Bundesgenossen gegen Unruhm und Bosheit zu gewinnen. Aber gerade in die schwersten Jahre von 1918 bis 1923 fielen doch auch Ereignisse, die uns mit berechtigtem Stolz erfüllen müssen. Am 20. März sind 10 Jahre vergangen, seit in Oberschlesien die Volksabstimmung stattgefunden hat. Nachdem im Entwurf des Friedensvertrages, der im Mai 1919 bekannt wurde, eine Abtretung Oberschlesiens ohne Abstimmung vorgesehen war, wandte sich die Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit gegen diese Absicht. Hatte damals sofort die Abstimmung stattgefunden, sie hätte sicher 90 Prozent der Stimmen für Deutschland gebracht. So wurde aber nur erreicht, daß die Abstimmung wenigstens im Friedensvertrag eingebracht wurde. Eine interallierte Kommission unter dem Vorsitz von General Le Rond ließ sich in Oberschlesien nieder und entfaltete eine lebhafteste Tätigkeit. Mit der Abstimmung sah man sich Zeit, bis sich unter dem Druck der unerhört harten Friedensbedingungen, durch Hunger und Seuchen, die Gefinnung der Bevölkerung gewandelt haben würde. Versteht man die Abstimmung hinausgeschoben, so zulezt infolge der polnischen Propaganda und des polnischen Terrors vom 11. Februar 1920 bis zum 20. März 1921. Trotz all dieser Maßnahmen ergab sich eine Zweidrittelmehrheit für Deutschland; darunter waren viele Angehörige polnischer Mutterzunge, die schon von jeher in ihrem Staatsgefühl sich Deutschland zugehörig fühlten. Wenn man die überaus schwierigen Bedingungen bedenkt, so muß diese Mehrheit als ein großer Sieg der deutschen Sache angesehen werden. Die Enttäuschung im Lager der französischen Politik war groß und unter diesem Eindruck ließ sich der Völkerbundsrat am 20. Oktober 1921 zu einer Entscheidung hinreichend, die in der Geschichte des Völkerbundes immer ein Schandfleck bleiben wird. Der wertvollste Teil des Industriegebietes in Größe von 321.342 Hektar Fläche mit 893.000 Einwohnern wurde gegen jedes Recht Polen zugesprochen. Ein

Kurzer Tagespiegel

Die Reichstagsausprache über den Wehrhaushalt wird am Freitag mittag ihren Abschluß finden, worauf sich die Abstimmungen anschließen werden.

Nach dem Präsidenten des Deutschen Städteverbandes Muler hat nunmehr auch Bürgermeister Scholz seine Kandidatur für das Amt des Berliner Oberbürgermeisters zurückgezogen.

Im sächsischen Landtag ist ein Antrag eingebracht worden, der einen Schritt der Reichsregierung in Prag gegen die deutschfeindliche Seite des deutschgeschriebenen Benefiz-Organ „Prager Presse“ fordert.

In Prag kam es am Donnerstagabend vor der deutschen Gesandtschaft zu neuen deutschfeindlichen Ausschreitungen, wobei mehrere Fenster Scheiben der Gesandtschaft eingeworfen wurden. Drei der besten Flieger Italiens, Oberst Maddalena, Kapitän Cecconi und Lieutenant Damonte, sind ins Meer abgestürzt und umgekommen.

Der Schnellzug Paris—Bordeaux ist am Donnerstagabend entgleist, wobei nach den bisherigen amtlichen Meldungen 5 Personen ums Leben gekommen sind.

Im englischen Außenamt ist zur endgültigen Abfassung des Wortlauts des Flottenabkommens die neue Flottenkonferenz einberufen worden.

In der französischen Kammer kam es zu einer längeren Aussprache über den Fall Weingartner.

In der thüringischen Koalitions-Kröße ist am Donnerstag durch den Auszug der Nationalsozialisten aus dem Haushaltsauschuss eine neue Verschärfung eingetreten.

Im Lohnstreit bei der Reichsbahn ist ein Schiedspruch gefällt worden, der die Lohnsätze der Reichsbahnarbeiter um durchschnittlich 6 Prozent kürzt.

Solcher Schlag ins Gesicht der Gerechtigkeit ist überhaupt nur aus der Kriegsüberhebung und dem Siegerübermut jener Jahre erklärlich. Daß die beabsichtigte Zerstückelung des Reiches nicht gelang, sondern daß sich die Feinde mit einer Abdröselung am Rande begnügten, mußte, dazu hat auch die Standhaftigkeit des ober-schlesischen Grenzlandes ein wesentliches Teil beigetragen.

Die Getränkesteuer im Landtag abgelehnt

Die Notverordnungen vor dem Landtag

Dresden, 19. 3. Die heutige Landtags-Sitzung verlief weder in erregter noch angenehmer Weise — abgesehen von dem kleinen Vorspiel, das vielleicht doch erwähnt zu werden verdient. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung gab Landtagspräsident Weckel dem Plenum Kenntnis von einem Schreiben, das der Vertreter des „Berliner Tageblattes“ Arno Voigt an den Landtagspräsidenten gerichtet hat, und in dem er den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frisch beauftragte, ihn im Wandelgang des Landtags beizubringen zu haben. Dr. Frisch erklärte dagegen, daß die Darstellung des Falles, so wie sie der Journalist Voigt gegeben habe, „nichtig“ sei, daß vor allem er mit der ganzen Sache überhaupt nichts zu tun habe und daß er bereits gegen Voigt und die „Dresdener Volkszeitung“ Klage wegen Verleumdung und Beledigung erhoben habe. Präsident Weckel betonte, daß er unter allen Umständen die Landtagsjournalisten gegen alle Angriffe in Schutz nehmen werde. Damit war der Fall an sich erledigt, aber die völlig sachlichen Ausführungen von Dr. Frisch gaben — wie wäre es auch anders möglich — den Kommunisten Veranlassung zu allerhand Zurufen, die zwar auf der Presse tribüne unverständlich blieben, die aber doch verbalinjuriert gewesen sein müssen, denn sie brachten den Schreier ein paar Ordungsrufe ein.

Dann stellte der kommunistische Abgeordnete Brenner den Antrag, auf die heutige Tagesordnung noch „die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten und die Abberufung des sächsischen Ministers in Berlin, Dr. Stadnauer“ zu setzen und begründete dieses kommunistische Verlangen

mit ihrer Haltung im Reichstag zur Frage der Gefrierfleisch-Einfuhr.

Der Landtagspräsident machte die kommunistische Forderung darauf aufmerksam, daß Anträge, die zur Beratung kommen sollen, gedruckt vorliegen müssen. Damit war auch dieses Intermezzo erledigt und der Landtag begann mit seinen Beratungen. Er beschloß zunächst die einstimmige Annahme der Notverordnung über die Aenderung des Wohlfahrtspflegegesetzes und des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 3. Juni 1930.

Eine lange Aussprache tiefen naturgemäß die vom Gesundheitsministerium in der Zeit, während der Landtag nicht versammelt war, auf Grund von Art. 40 der Verfassung erlassenen Notverordnungen über die

Gemeindebiersteuer, Bürgersteuer und Getränkesteuer

hervor. Unter anderem wollte die Landtagspartei die Schokoladenmilk von der Gemeindebiersteuer befreit wissen.

Innenminister Richter sagte zu, sich dafür einzusetzen zu wollen, daß die gegen die durch Verordnung die Milchschokolade von der Besteuerung ausnimmt.

Die Wirtschaftspartei ließ durch Abg. Dr. Wilhelm erklären, daß sie gegen jede Notverordnung sei, sie müßte sich aber den Zwischenruf der Deutschen Volkspartei gefallen lassen, daß sie im Reichstag die erste Notverordnung mitgemacht habe. Der Sprecher der Wirtschaftspartei forderte, das Außerkräfttreten der ersten